

2. Hegemonietheorie

This may be good enough in theory, but it is not good enough in practice.

SLAVOJ ŽIŽEK, 2008

Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes Arbeiten erscheinen – anders als das Bonmot von Gerald Fitzgerald suggeriert und das Slavoj Žižek umgekehrt auf Laclaus Populismuskonzept bezieht – beides: gut genug für die Theorie *und* gut genug für die Praxis. Gerade in den rein hegemonietheoretischen Ausführungen stützen sie sich auf Vorarbeiten von „Praktikern“, die zugleich theoretisch geschliffene Werke vorgelegt haben. Weil dies ein unterbelichteter Aspekt für die vorliegende Forschung ist, lohnt es sich, einen kurzen Blick auf die Vorarbeiten von Aleksandr Bogdanov (der von Laclau allerdings nicht rezipiert wurde) und Antonio Gramsci zu werfen, weil sie aufzeigen, wie mit einem Instrumentarium, das Kultur als Feld interpretiert, auf dem sich Identitäten bilden, politische Kontinuität *und* politischer Wandel gedacht werden können – im klaren Unterschied also zu dem im vorhergehenden Kapitel vorgestellten Transitionsparadigma, mit dem ausschließlich Wandel (hin zu Demokratie und Marktwirtschaft) gedacht werden kann.

2.1 ERSTE HEGEMONIETHEORETISCHE ÜBERLEGUNGEN

In der Tat scheint es vom Stichwort „Stabilität“ aus kein weiter Weg zu sein zu Hegemonietheorien, wie sie von den beiden prominenten, heterodoxen marxistischen Denkern gesellschaftlichen und politischen Konsenses erarbeitet wurden. In der Umgangssprache und teils auch in der Politologie hat der Begriff der Hegemonie oft eine pejorative Bedeutung und wird als Synonym für eine uneingeschränkte, oft gewalttätige Herrschaft verwendet, nicht zuletzt in den interna-

tionalen Beziehungen.¹ Diese Lesart wird aber schon der Interpretation Bogdanovs nicht gerecht, der einen viel stärkeren Fokus auf die Rolle von Kultur bei der Herstellung eines gesellschaftlichen Konsenses legt. Entsprechendes gilt auch für die Arbeiten von Antonio Gramsci.

2.1.1 Alexandr Bogdanov

Bogdanov betont in seinen Arbeiten die prinzipielle Stabilität und das grundsätzliche Gleichgewicht von Gesellschaften. Wandel könne nur von außerhalb eines gegebenen Systems kommen. Um sich selbst zu erhalten, müssen sich Gesellschaften – durch Ideologien begründete Systeme (Soboleva 2007: 183ff.) – der Umwelt anpassen. Deswegen ist bei aller systemischen Stabilität, bei aller „strukturellen Beharrlichkeit“ des Systems das Gleichgewicht ein bewegliches. Wandel finde, so Bogdanov, ständig statt. Auch Krisen oder Revolutionen seien nicht ausgeschlossen, aber eher die Ausnahme. Jede Störung eines Gleichgewichts erzeuge zugleich einen Druck zur Etablierung eines neuen Gleichgewichtszustandes. (Bogdanov 1920; Marot 1992: 262ff.; Soboleva 2007: 139ff.; Sochor 1988: 73)

Dementsprechend sei auch der Weg zum Sozialismus ein langer und schwieriger, der begleitet ist von Regressions-, Degenerations- oder Stagnationsercheinungen, von immer neuen Adaptionen an eine sich wandelnde Umwelt. Diese mangelnde Linearität liege nicht zuletzt daran, dass Kultur eine hemmende Rolle innerhalb gesellschaftlichen Wandels spielt. Kultur wandle sich nur langsam und befinde sich somit im Widerspruch zu einer revolutionären politischen Praxis. Es komme zu einer Desynchronisation zwischen einer prinzipiell konservativen Kultur und einer potenziell radikalen Politik wie sie die russischen Revolutionäre im Sinn hätten. Bogdanov möchte diese Lücke durch die Etablierung einer kulturellen, explizit nicht politischen Hegemonie schließen, die gleichgesetzt werden kann mit einer „moralischen und intellektuellen Führung“ (Sochor 1988: 184), gegründet auf einer „allumfassenden proletarischen Kultur“ (Marot 1992: 250).

1 Unter anderem bei Keohane (1984). Außerhalb des Untersuchungsfeldes der internationalen Beziehungen hat zum Beispiel Sartori (1976) den Hegemonie-Begriff auf Parteiensysteme verwendet, allerdings theoretisch vergleichsweise unterentwickelt. Greven (2004) kann aufgrund methodischer und theoretischer Defizite leider nicht belegen, dass der von ihm in seiner Arbeit angedeutete Hegemonie-Begriff anwendbar ist und trägt damit tendenziell zur Verflachung des Konzeptes bei.

Im Denken Bogdanovs zeigen sich bemerkenswerte Parallelen zu der von Antonio Gramsci entwickelten Perspektive: So behaupteten beide Autoren, dass die Herstellung einer vor allem kulturell begründeten Hegemonie die Voraussetzung für die Machtergreifung sei und nicht erst im Nachhinein (nach Eroberung des Staatsapparats) entwickelt werden könne.²

2.1.2 Antonio Gramsci

Die Überlegungen von Antonio Gramsci haben einen Ausgangspunkt in der Feststellung der außerordentlichen Permanenz und Ausdauer des kapitalistischen Systems. Im Widerspruch zur marxistischen Theorie sei die Revolution gerade in jenen Ländern ausgeblieben, in denen der Kapitalismus am weitesten fortgeschritten und in denen die sozialen Konflikte am stärksten waren. Gramsci hinterfragte deswegen auch das Rezept der Russischen Revolution, die er als eine „Revolution gegen das *Kapital*“³ interpretierte. Er führte sie auf die Dominanz des Staates und dessen Eroberung durch die Revolutionäre zurück. In Westeuropa dagegen machten die ausgeprägte Zivilgesellschaft und die Übereinstimmung der Werte von Herrschern und Beherrschten eine rein vom Staat gelenkte Revolution unmöglich.⁴

Und so blieben Revolutionen in Italien und Deutschland aus. An diesem Unterschied zwischen Russland und Westeuropa zeichnet sich ab, was Gramsci unter Hegemonie versteht. Es war aus der Perspektive Gramscis offensichtlich nicht so, dass die strukturellen, insbesondere die ökonomischen Voraussetzungen für eine Revolution im Westen nicht gegeben waren. Vielmehr hätten es die

-
- 2 Für eine Vertiefung des Denkens Bogdanovs bieten sich neben der oben verwendeten Sekundärliteratur auch die Arbeiten von Plaggenborg (2008) sowie von Groys und Hagemester (2005) an.
 - 3 So der Titel seines Artikels im *Avanti!* vom 24. November 1917. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass es in Russland durchaus Traditionen der Selbstverwaltung und Partizipation gab. Darüber hinaus wurde (und wird) das Verhältnis zwischen privat und öffentlich in Russland traditionell oft anders verstanden als in Westeuropa.
 - 4 „In Russia the state was everything, civil society was primordial and gelatinous; in the West, there was a proper relation between state and civil society, and when the state trembled, a sturdy structure of civil society was at once revealed. The state was only an outer ditch, behind which there stood a powerful system of fortresses and earthworks: more or less numerous from one state to the next, it goes without saying [...]“ (Gramsci 1971: 238 – im Original beginnt die Passage mit „*In Oriente*“ (Gramsci 1977: 866) und nicht mit „In Russland“).

herrschenden Klassen geschafft, eine Hegemonie herzustellen, das heißt die Zivilgesellschaft auf ihre Seite zu ziehen. Was sich im Westen etabliert habe, sei weniger eine reine auf Zwang beruhende, eine durch die Instrumente des Staates gesicherte Herrschaft, sondern eine auf Zustimmung beruhende Führung.⁵

Für Gramsci hat politische Autorität also immer zwei Seiten: die Dimension des Zwangs und die Dimension der Organisation von Zustimmung. Es ist diese intellektuelle und moralische Führung, die Gramsci als Hegemonie bezeichnet, welche die persönlichen Überzeugungen der Beherrschten in Kopien der Normen der Herrschenden verwandelt. Insofern ist Hegemonie die kommunikative Herrschaft einer bestimmten Gruppe über eine andere, die auf Zustimmung, bewusstem Einvernehmen und Einverständnis seitens der Beherrschten beruht, und nicht (nur) auf Zwang. (Femia 1981: 24)⁶

Die zwei Seiten der politischen Autorität finden ihre Entsprechung – wie angedeutet – einerseits auf der Ebene des Staates und andererseits auf der Ebene der Zivilgesellschaft. Gramsci unterteilt also den Überbau in zwei Bereiche. In den Bereich der *società civile* und in den Bereich der *società politica*.⁷ Gramscis

5 "The methodological criterion on which our own study must be based is the following: that the supremacy of a social group manifests itself in two ways, as ,domination' [*dominio*] and as ,intellectual and moral leadership' [*direzione*]. A social group dominates antagonistic groups, which it tends to ,liquidate' or to subjugate, perhaps even by armed force; it leads kindred and allied groups. A social group can, and indeed must, already exercise ,leadership' before winning governmental power [this indeed is one of the principal conditions for the winning of such power]; it subsequently becomes dominant when it exercises power, but even if it holds it firmly in its grasp, it must continue to ,lead' as well" (Gramsci 1971: 57; 1964: 70).

6 Dieser letzte Aspekt kennzeichnet die kulturelle Ebene politischer Projekte (Smith 1998: 162). Gramsci war zwar nicht immer konsistent in seiner Konzeption von Hegemonie, doch es kann als gesichert gelten, dass er mit Hegemonie nicht eine Kombination von Führung und Zwang, die sich immer in einer bestimmten Balance befinden, meint, sondern in erster Linie die intellektuelle Führung, die die Dimension der Zustimmung bezeichnet (Femia 1981: 25).

7 „What we can do, for the moment, is to fix two major superstructural ,levels': the one that can be called ,civil society', that is the ensemble of organisms commonly called ,private', and that of ,political society' or ,the State'. These two levels correspond on the one hand to the function of ,hegemony', which the dominant group exercises throughout society, and on the other hand to that of ,direct domination' or command exercised through the State and ,juridical' government. The functions in question are precisely organisational and connective.“ (Gramsci 1971: 12)

Begriff der Zivilgesellschaft unterscheidet sich sowohl von der Hegelianischen Konzeption (auf die er sich zwar beruft) als auch von der Marx'schen. In diesen „privaten“ Organisationen und Institutionen realisiere sich die Hegemonie. Er spielt besonders auf jene Institutionen und Instrumente an, die Identität stiften, die Ideologien schaffen und verbreiten, nicht zuletzt im Bereich von Bildung und Erziehung, aber auch Kirchen und Parteien (Femia 1981: 26f.).⁸ Die „politische Gesellschaft“ sei eng mit dem Staat verwoben. Gramsci definierte sie als: „The apparatus of state coercive power which ‚legally‘ enforces discipline on those groups who do not ‚consent‘ either actively or passively“ (Gramsci 1971: 12). Doch die politische Gesellschaft wird im weiteren Sinne nahezu gleichgesetzt mit dem Staat. Die Linie, die zwischen Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft verläuft ist dünn, sodass es zu einer breiten Staatsdefinition kommt (Femia 1981: 28).⁹

Die entscheidende Innovation von Gramsci – nicht nur aus der Perspektive der vorliegenden Arbeit – ist, dass er eine der Prämissen des Marx'schen Denkens radikal verändert. Marx schlug eine Konflikttheorie der Gesellschaft vor. Gesellschaft sei durchdrungen von einem ökonomisch determinierten Konflikt zwischen zwei antagonistisch sich gegenüberstehenden Gruppen. Eine Klassengesellschaft ist daher durchsetzt von Aufruhr (Femia 1981: 33). Und hier kommt in der marxistischen Theorie der Staat ins Spiel: „The state is a weapon, regularly and systematically used, because the internal threat to the system is continually manifesting itself in violent ways.“ (Ibid.) In diesem „instrumentellen Modell“ des Staates wird dieser als repressives Organ der Bourgeoisie charakterisiert, den es (zumindest aus der Perspektive Lenins) zu erobern galt, um Kontrolle über dessen Zwangsinstrumente zu bekommen.¹⁰ Nur durch diesen Zwang könne eine gewisse Ordnung aufrechterhalten werden. Anders die Perspektive bei Gramsci:

8 Für weitere Konzeptionen von Zivilgesellschaft bei Gramsci siehe Anderson (1976); Bobbio (1986: 139ff.); Cohen und Arato (1992: 142ff.); Showstack Sassoon (2000).

9 Gramsci bietet folgende Begriffsbestimmungen: „In politics the error occurs as a result of an inaccurate understanding of what the State (in its integral meaning: dictatorship + hegemony) really is.“ (Gramsci 1971: 239); „[B]y ‚State‘ should be understood not only the apparatus of government, but also the ‚private‘ apparatus of ‚hegemony‘ or civil society.“ (Ibid. 261); „For it should be remarked that the general notion of the state includes elements which need to be referred back to the notion of civil society (in the sense that one might say that State = political society + civil society, in other words hegemony protected by the armour of coercion).“ (Ibid. 262f.)

10 Naturgemäß ist der Staat in bei Marx untertheoretisiert. Seine Interpretation des Staates als repressives Organ ist eine geläufige. Im Vergleich zu den

„Gramsci stresses that *class conflict is not just channeled by generally accepted norms: it is effectively neutralized*. [...] Prior to social life, beneath it, enveloping it, is an underlying consensus [...]. [H]e devoted considerable theoretical attention to how trade unions and socialist parties, by working within the categories of bourgeois democracy, come to accept the very presuppositions of its operation [...]. [C]lass conflict becomes domesticated and degenerates into a desire for marginally higher wages.“ (Femia 1981: 34f., eig. Hervorh.)

Damit schlug Gramsci eine Abkehr von dem traditionellen marxistischen Modell vor, in dem nicht der Konflikt charakterisierend ist für die soziale Ordnung, sondern Einvernehmen und Zustimmung. Es ist diese Zustimmung, die für die Stabilität des Systems sorgt und weder durch Androhung negativer Sanktionen erzwungen noch rein unbewusst ist. Bei Gramsci ist die Zustimmung Ergebnis einer bewussten Bindung, eines Einverständnisses mit einer bestimmten Ordnung (ibid. 38). Gramscis *Konsens* ist vor allem ein aktiver und weniger ein passiver.

2.1.3 Zusammenfassung und Kritik

Was Gramsci im Zusammenhang mit der vorliegenden Arbeit interessant macht, ist erstens seine diagnostische Arbeit über die *Stabilität* des Kapitalismus in den westeuropäischen Gesellschaften der 1920er und 1930er Jahre. Seine Hegemonietheorie liefert einen Erklärungsansatz, wie die herrschende Klasse ein System von Allianzen errichtet. Dazu gewinnt sie eine Vormachtstellung in den Bereichen Kultur und Ideologie. Der Klassenkampf, als das die kapitalistische Gesellschaft kennzeichnende Element, ist, wenn nicht aufgehoben, so doch zumindest „eingefroren“. Das bedeutet aber nicht, dass Gramsci die Widersprüche des Kapitalismus verneint. Im Gegenteil beschreibt er den Kapitalismus als ein System im Verfall (Femia 1981: 229). *Reizvoll an seinem Ansatz ist, wie eine relative*

Produktionsverhältnissen spielt er eine untergeordnete Rolle. Nicht das Wirken des Staates, sondern die Entwicklung des Kapitalismus ist die treibende Kraft des gesellschaftlichen Wandels. Dennoch lassen sich grob zwei weitere Staatsmodelle bei Marx unterscheiden: Im „Vermittler-Modell“ ist der moderne Staat so stark geworden, dass er zwischen Klassen vermitteln kann – jedoch ist die herrschende Klasse ökonomisch stärker und hat bessere Chancen, sich auf der politischen Ebene durchzusetzen; Im funktionalistischen Modell ist der Staat Teil des Überbaus und ist daher – auch ohne direkten Einfluss der Bourgeoisie – schlicht von den ökonomischen Verhältnissen determiniert; er arbeitet daher indirekt im langfristigen Interesse der Bourgeoisie (Nash 2000: 3ff.).

Stabilität trotz inhärenter Widersprüche gedacht werden kann – eine Idee, die sich in ausgearbeiteter Form auch bei Laclau und Mouffe (2001) wiederfinden lässt.

Zweitens, schlägt Gramsci ein neues Staatsverständnis vor. Die oben genannte ideologische Vormachtstellung wird dadurch gesichert, dass die herrschende Klasse zu einem „integralen Staat“ wird, das heißt Institutionen der Zivilgesellschaft einbindet und nutzt, um Konsens und eine Akzeptanz des Status quo herzustellen.¹¹ Der Staat – in seiner integralen Form – ist kein reiner Zwangsapparat mehr, der die eigene Bevölkerung im Namen einer bestimmten Klasse unterdrückt, Dissens scharf sanktioniert und notfalls gewaltsam zerschlägt, sondern ist darüber hinaus eine Instanz, die Abweichler integriert und einbindet, „Überzeugungsarbeit“ leistet und durch eine Verbreitung ideologischer Elemente aktiven und passiven Konsens herstellt. Das ist aber weniger als eine Manipulation seitens der Herrschenden zu verstehen, sondern eher als die Artikulation eines geteilten, kollektiven Willens. Dabei spielen die Zivilgesellschaft und somit kulturelle Elemente die zentrale Rolle. Führung ist nicht mehr nur politisch, sondern auch kulturell (Laclau & Mouffe 2001: 66). Das Herstellen von Allianzen, das Einbinden verschiedener diskursiver Elemente, Forderungen oder Identitäten in ein gemeinsames Projekt klingen bereits bei Gramsci an.

Drittens ermöglicht Gramsci eine Abkehr vom traditionellen marxistischen Essentialismus.¹² Der Staat ist nun nicht mehr ein Teil des durch die Ökonomie bestimmten Überbaus. Nicht nur wird ihm eine „relative Autonomie“ (Althusser/Poulantzas) zugestanden – der Staat integriert fragmentierte Identitäten und Kulturen. Politische Subjekte sind nicht primär Klassenidentitäten: „Political subjects are [...] complex ,collective wills““ (Laclau & Mouffe 2001: 67).¹³

11 Diese Idee greift später auch Althusser (1974) mit dem Begriff der Ideologischen Staatsapparate auf.

12 Namentlich dem Ökonomismus und noch genauer dem Klassenreduktionismus, den es zu unterscheiden gilt vom Epiphenomenalismus (Torfing 1999: 20ff.).

13 Interessant im Zusammenhang mit Gramscis Theorie ist auch ein Verweis auf die Arbeiten von Michail Bachtin und Valentin Vološinov. Beide teilen mit Gramsci die Interpretation von Sprache als Trägerin von Ideologien sowie die Rezeption von Benedetto Croce und Karl Vossler. Darauf aufbauend analysieren beide eine sprachlich vermittelte (kulturelle) Hegemonie. Gramsci arbeitete allerdings in einem politischen Kontext, in dem es galt, die Zersplitterung der Arbeiterbewegung zu überwinden, eine „einheitliche Sprache“ und einen „demokratischen Zentralismus“ herzustellen. Diese hätte Bachtin wohl als *odnojazyčie* (*monoglossia*) bezeichnet. Sein zeithistorischer Kontext ist dagegen gekennzeichnet durch die Auferlegung eines

Allerdings schafft es Gramsci nicht, sich gänzlich von einem ökonomisch-basierten Reduktionismus zu befreien. Obwohl Hegemonie eine ethisch-politische Dimension hat, muss sie dennoch eine ökonomische Basis besitzen. Gramsci liefert einen ersten Hinweis, wenn er schreibt:

„[F]or though hegemony is ethico-political, it must also be economic, must necessarily be based on the decisive function exercised by the leading group in the decisive nucleus of economic activity.“ (Gramsci 1971: 161)

Ein zentraler Kritikpunkt ist dabei das, was Gramsci als „fundamentale Klasse“¹⁴ bezeichnet. Nur eine fundamentale Klasse – im Kapitalismus also nur die Bourgeoisie oder das Proletariat – könne hegemonial werden und andere Klassen oder Gruppen in ihr Projekt einbinden.¹⁵ Dabei entziehen sich diese fundamentalen Klassen der von Gramsci angedeuteten kontingenten Logik von Hegemonie. Sie besitzen ein ontologisches Privileg:

„[B]ecause for Gramsci, the final core of the articulating instance – or the collective will – is always what he calls a fundamental class of society, and the identity of this core is not itself thought as resulting from articulating: that is to say, it still belongs to a different ontological order [...]“. (Laclau 2005: 127)

dominierenden Diskurses. Entsprechend fordert er linguistischen Pluralismus oder *raznorečje* (*heteroglossia*) ein. Mit der Herausarbeitung von Sprache als Ort ideologischer Auseinandersetzungen nimmt Bachtins Schule post-strukturalistische Themen vorweg (Brandist 1996). Das Eintreten Bachtins für linguistischen Pluralismus, ja bis zum karnevalesk Anarchischen, rückt ihn weiter in die Nähe von Laclau und Mouffe (2001). Analogien finden sich darüber hinaus auch zwischen Gramsci und Jurij Lotman: Wie auch Gramsci untersucht er, wie Weltanschauungen im Rahmen einer strukturellen Asymmetrie erworben werden. Lotman verweist auf die zentrale Rolle, die Sprache und Erinnerung dabei spielen (Steedman 2004).

14 „That is to say one which occupies one of the two poles on the relations of production of a determinate mode of production.“ (Mouffe 1979: 183)

15 „Andere Gruppen beziehungsweise Klassen, also etwa die Gramsci besonders interessierenden Bauern, aber auch die Kleinbürger, sind das ‚Zielobjekt‘ hegemonialer Praxis; das heißt, sie sind diejenigen, die es zur Sicherung der Hegemonie einer Hauptgruppe im Rahmen des ideologischen Kampfes als (untergeordnete) Verbündete zu gewinnen gilt.“ (Nonhoff 2006: 144)

Das heißt, dass diesen fundamentalen Klassen eine Vereinigung um einen Satz historischer Interessen möglich ist, während sie anderen Klassen verwehrt bleibt. Die Identität der fundamentalen Klasse wird somit auf einer Ebene konstituiert, die nicht jener hegemonialer Praktiken entspricht (Laclau & Mouffe 2001: 76). Damit sind die Regeln der Ökonomie strikt endogen und werden unabhängig gedacht, beispielsweise von politischen Interventionen.

Voraussetzung für jeden Bewegungskrieg, für jede Form von Hegemonie, ist also die Zweiteilung des sozialen Raumes, dessen Dichotomie als Datum behandelt wird:

„War of position *supposes* the division of the political space into two camps and presents the hegemonic articulation as a logic of mobility separating them. However, it is evident that this assumption is illegitimate: the existence of two camps may in some cases be an *effect* of the hegemonic articulation but not its a priori condition – for, if it were, the terrain in which the hegemonic articulation operated would not itself be the product of that articulation.“ (Laclau & Mouffe 2001: 137)

Gramsci sagt zwar, dass die antagonistischen Identitäten konstruiert werden müssen, doch diese Konstruktion erfolgt immer durch die Expansion der Grenzen innerhalb eines bereits dichotom geteilten politischen Raums – „This is the point where the Gramscian notion becomes unacceptable“ (ibid.).

Damit sind die Grenzen des Denkens Gramscis augenscheinlich. Gramsci liefert eine alternative, marxistische, politische und akteurszentrierte Theorie gesellschaftlicher Stabilität und gesellschaftlichen Wandels, die um die Kategorien des Konsenses und dessen Entwicklung in der Zivilgesellschaft kreist. Jedoch bleibt er marxistischen Begrifflichkeiten verhaftet und beleuchtet nur unzureichend, welche Mechanismen am Werk sind, um diese gesellschaftlichen Allianzen herzustellen. Dabei bleibt die Herstellung der Allianzen ein Prozess, der in einem vorstrukturierten Raum abläuft, der sich selber dem hegemonialen Prozess entzieht. Gramsci postuliert, dass sich jede soziale Formation um ein einziges hegemoniales Zentrum strukturiert.¹⁶ Schließlich konzentriert er sich zu sehr auf einen sehr weit gefassten Staatsbegriff. Laclau und Mouffe greifen diese Defizite auf und liefern einen über Gramsci hinausgehenden Ansatz, der im Folgenden in den für die vorliegende Arbeit relevanten Aspekten dargestellt werden soll.

16 Siehe u.a. Laclau & Mouffe (2001: 137f.).

2.2 DIE DISKURS- UND HEGEMONIETHEORIE VON LACLAU UND MOUFFE

Laclau und Mouffe (2001) haben eine post-marxistische, post-strukturalistische Interpretation von Hegemonie erarbeitet. In ihrer Theorie entwickelten sie den Begriff Gramscis weiter und stützten sich dabei unter anderem auf Althusser (Ideologietheorie), Lacan (Subjekttheorie) und Foucault (Diskurstheorie).

Die vorhergehende Diskussion der marxistischen Hegemonietheorie hat bereits wichtige Begriffe geliefert, darunter *Kultur*, *Ideologie* und besonders *politische Identität*. Sie hat ein bestimmtes Verständnis von Stabilität angedeutet: Stabilität in diesem Sinne beruht darauf, politische Identitäten in gemeinsamen politischen Projekten zu vereinigen. Dabei spielen Institutionen der kulturellen und ideologischen Produktion und Reproduktion eine tragende Rolle. Was aber noch fehlt sind Hinweise zur *Funktionsweise* der Herstellung diskursiver Äquivalenzen, worauf also der Vereinigungsprozess verschiedener diskursiver Elemente oder Forderungen fußt.

Laclau und Mouffe argumentieren, dass diese Produktion solcher politischer Projekte eine diskursive Operation darstellt, die sprachliche (rhetorische) und nicht-sprachliche Elemente (soziale Handlungen, Praktiken) umfasst – damit weisen sie auch die von Foucault postulierte Trennung von diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken zurück.¹⁷ In ihrer Theorie wird jede „Realität“ diskursiv durch Macht und Antagonismus hergestellt. Damit zeichnen sich die drei für die vorliegende Arbeit relevanten Begriffe ab, die im Folgenden näher dargestellt werden sollen: Diskurs, Hegemonie und Antagonismus.

2.2.1 Diskurs

Eine erste Annäherung an *Diskurs*, die sich anbietet, ist ein Vergleich zwischen dem Diskurs- und dem in der traditionellen Soziologie verbreiteteren Strukturbegriff. Struktur wird dabei als die Summe der Eigenschaften eines sozialen, kulturellen oder politischen Systems verstanden, die Regeln, Normen und Verfahren

17 „Our analysis rejects the distinction between discursive and non-discursive practices. It affirms: a) that every object is constituted as an object of discourse, insofar as no object is given outside every discursive condition of emergence; and b) that any distinction between what are usually called linguistic and behavioural aspects of a social practice, is either an incorrect distinction or ought to find its place as a differentiation within the social production of meaning, which is structured under the form of discursive totalities.“ (Laclau & Mouffe 2001: 107)

umfasst; der Diskurs-Begriff hat eine ähnliche Bedeutung in dem Sinne, dass er soziale Interaktion in einen erklärenden Rahmen stellt, mit dem entscheidenden Unterschied, dass er im Gegensatz zu *Struktur* kein starres Zentrum besitzt, offen ist für Veränderung und für das freie Spiel von Bedeutung. Statt über Normen, wirkt der Diskurs durch die Veränderung kognitiver Skripte und Kategorien, die für eine sinnhafte Interaktion unabdinglich sind. Während „Struktur“ strikt monozentrisch ist, ist der Diskurs polyzentrisch, oder verfügt doch zumindest über potentiell wechselnde Zentren.¹⁸ Zudem vermag es der Diskurs-Begriff wesentlich besser, sprachliche und nicht-sprachliche Elemente zusammen zu denken. (Torfing 1999: 81f.)

Wenn oben von „verschiedenen Elementen“ die Rede ist, dann heißt das nicht, dass diese nicht in einer *Struktur* denkbar wären – doch sie würden sich alle nur um das Zentrum dieser Struktur fixiert gruppieren. In einem zentrumslosen Diskurs ist die Beziehung *zueinander* viel wichtiger als die Beziehung zum Zentrum.

Die Relation *zueinander* ist konstitutiv für alle Identitäten. Dies macht die verschiedenen Identitäten zugleich „beweglicher“. *Gesellschaft* (der mit *Struktur* assoziierte Begriff) ist starr und unipolar (auf *ein* Zentrum) ausgerichtet, *das Soziale* (der analoge, mit *Diskurs* assoziierte Begriff) ist beweglich und multipolar; es ist charakterisiert durch ein „unendliches Spiel von Differenzen“ – „with what in the strictest sense of the term we can call discourse“ (Laclau 1990: 90). Entscheidend sind die kontingenten Relationen zwischen einzelnen diskursiven Elementen, die unterschiedlich artikuliert und verstanden werden können. Das Spiel dieser Relationen ist potenziell unendlich – jeder Signifikant kann in einem anderen Kontext (in einem anderen Diskurs) eine andere Bedeutung bekommen.

Diskurs bezeichnet demnach bei Laclau und Mouffe:

- ein System differentieller Entitäten (Laclau & Mouffe 2001: 111) beziehungsweise ein System von Äquivalenzen und Differenzen verschiedener diskursiver Elemente;
- Äquivalenzketten diskursiver Differenzen (Stäheli 2005: 238);

18 Mehr noch – Diskurse sind durch eine Praxis des Dezentrierens gekennzeichnet: „A dislocated structure [...] is [...] constitutively decentred. [...] We are dealing with a very specific dislocation: one that stems from the presence of antagonistic forces [...]. That is what is meant by a decentred structure: not just the absence of a centre but the practice of decentring through antagonism.“ (Laclau 1990: 40)

- ein Ensemble signifizierender (sprachlich und nicht-sprachlicher) Sequenzen, in dem Bedeutung fortlaufend neu verhandelt wird (Torfing 1999: 86, 300).

Diesen Definitionen ist gemeinsam, dass sie Diskurse als Sinnzusammenhänge bestimmen, die sozialen Interaktionen Bedeutung geben, indem sie zunächst heterogene Elemente zu einer relativ stabilen Einheit zusammenschließen und damit Sinn herstellen und (immer nur vorläufig) fixieren.

Diesen Prozess des „Zusammenschließens“, der Diskurse kennzeichnet, bezeichnen Laclau und Mouffe als *Artikulation* oder *artikulatorische Praxis*.¹⁹ Artikulation bezeichnet den Prozess der Integration zuvor „freier“ diskursiver Elemente in einen bestehenden Diskurs und die Modifikationen ihrer Identität, was dazu führt, dass sie *Momente* eines Diskurses werden.²⁰ Sie werden innerhalb eines bestehenden Diskurses angeglichen und klar abgegrenzt von einem ihnen gemeinsamen Außen. Entscheidend ist also der relationale, differenztheoretische Ansatz:

„[S]omething is what it is only through its differential relation to something else. [...] an action is what it is only through its differences from other possible actions and from other signifying elements – words or action – which can be successive or simultaneous.“ (Laclau 2005: 68)

Mit anderen Worten: Artikulation basiert auf Gleichsetzung und Unterscheidung. Diskurse konstituieren sich durch einen Prozess der *Exklusion von Elementen*, die nicht in eine Äquivalenzbeziehung gesetzt werden können (Stäheli 2005: 238) und der *Inklusion von Momenten*, die in so eine Beziehung eintreten können.²¹

19 „We will call articulation any practice establishing a relation among elements such that their identity is modified as a result of the articulatory practice. The structured totality resulting from the articulatory practice, we will call discourse.“ (Laclau & Mouffe 2001: 105)

20 „The differential positions, insofar as they appear articulated within a discourse, we will call moments. By contrast, we will call element any difference that is not discursively articulated.“ (Laclau & Mouffe 2001: 105)

21 Vom Diskurs zu unterscheiden ist das Diskursive. Dieser weitere Begriff ist nötig, um den Überschuss an Bedeutungen zu erfassen. Jene diskursiven Elemente, die nicht in einem Diskurs integriert und damit nicht als differentielle Identität konstituiert sind, befinden sich, aus der Perspektive eines Diskurses, in diesem Feld der Diskursivität. Es beschreibt damit den Bereich der Unentscheidbarkeit, der jeden vollständigen

Man könnte auch sagen: Jeder Diskurs ist bestrebt, „Struktur zu werden“ – und zugleich ist *Diskurs* synonym mit *gescheiterter Struktur*. Das bedeutet auch: *Gesellschaft* als einheitliches, intelligibles Objekt, das seine eigenen Teilprozesse selbst gründet, ist „unmöglich“ (Laclau 1996: 90). Allerdings versucht das Soziale, *Gesellschaft* zu werden; der Gegenstand der Soziologie ist damit weniger die Gesellschaft als vielmehr das Soziale, welches ständig aber vergeblich *versucht*, einen „Abschluss“ zu finden und damit Gesellschaft zu werden (Stäheli 2000: 34).

Es sind also zwei Aspekte, die besonders relevant sind: Erstens die Unmöglichkeit, Bedeutungen zu fixieren; und zweitens das Bestreben, diese Fixierung zu erreichen: Diskurse stellen genau das Mittel, um eine Fixierung zu erreichen.

Eine letzte Bemerkung noch zum Verhältnis Diskurs und Praxis: Laclau und Mouffe schließen Praktiken explizit in ihren Diskursbegriff ein. Überzeugend legen sie dar, dass Sprache und Handlungen erst zusammen einen Diskurs bilden können. In einem bekannten Beispiel beschreiben sie die Praxis des Bauens eines Hauses, bei dem Zurufe nach Steinen erst in dem gegebenen Handlungszusammenhang Sinn machen (Laclau & Mouffe 1987). Ähnliches gilt auch für einen politischen Diskurs. Im Fall der vorliegenden Arbeit aber sollen Praktiken nicht im Vordergrund stehen (Verabschiedung von Gesetzen, Auflösung von Demonstrationen, Versetzung von Politikern etc.), sondern wie diese Praktiken in einen Diskurs artikuliert werden. Es wird aber auch immer wieder Hinweise auf die politische Praxis und damit auf diese zweite Dimension des politischen Diskurses geben.

2.2.2 Hegemonie und Gegenhegemonie

Die artikulatorische Praxis spielt auch hinsichtlich der Etablierung von Hegemonie eine zentrale Rolle. Der Definition von Gramsci fehlt unter anderem ein konstruktivistisches Element. Denn die Herstellung eines hegemonialen Diskurses hängt ab von der Konstitution einer diskursiven Formation, die eine Oberfläche

Abschluss unmöglich macht, jenen Bereich, der unzugänglich bleibt, weil Zugänglichkeit immer die Einschreibung in Diskursen oder ein durch Diskurs(e) vorstrukturiertes Terrain voraussetzt. Zugleich ist jeder Diskurs natürlich bestrebt, so viele Elemente des diskursiven Feldes wie möglich für sich zu vereinnahmen: „Any discourse is constituted as an attempt to dominate the field of discursivity, to arrest the flow of differences, to construct a centre.“ (Laclau & Mouffe 2001: 112), beziehungsweise: „A discourse is an attempt to deal with an unarticulated discursivity by providing partial fixation of meaning.“ (Stäheli 2005: 233)

bietet zur Einschreibung einer Vielzahl verschiedener Elemente, Identitäten und Forderungen:

„Now [...] we can define hegemony as the expansion of a discourse or a set of discourses, into a dominant horizon of social orientation and action by means of articulating unfixed moments in a context crisscrossed by antagonistic forces.“ (Torfing 1999: 101)

Hegemonie ist demnach ein Prozess der Artikulation, der eine Beziehung zwischen verschiedenen Elementen („Signifikanten“) derart herstellt, dass ihre Identitäten verändert und angeglichen werden. Es ist die *Expansion eines Diskurses*, eines Interpretationsmusters, in Abgrenzung zu einem antagonistischen gegen-hegemonialen Diskurs. Hegemonie ist folglich konstitutiv für eine als diskursiv aufgefasste Wirklichkeit, die prinzipiell instabil ist. Realität ist immer Gegenstand einer Auseinandersetzung um deren Definition. In diesem Sinne konkurrieren hegemoniale und gegen-hegemoniale Diskurse miteinander. Gegen-hegemoniale Diskurse zielen darauf ab, hegemoniale Diskurse und Praktiken zu zerschlagen und zu reartikulieren, damit eine Wirklichkeitskonstruktion zu desorganisieren und eine alternative aufzubauen. Das kann nur über alternative Bedeutungen und hegemoniale Projekte erfolgen. Zugleich aber bilden hegemoniale und gegen-hegemoniale Diskurse eine Einheit, denn sie benötigen einander, um sich jeweils in ihrer Abgrenzung voneinander zu definieren.

Laclau erläutert, dass eine Differenz innerhalb des Diskurses (ein Moment), ohne die eigene Partikularität aufzugeben, die Rolle übernehmen kann, die Totalität des Diskurses zu repräsentieren:

„This operation of taking up, by a particularity, of an incommensurable universal signification is what I have called hegemony. And, given that this embodied totality or universality is [...] an impossible object, the hegemonic identity becomes something of the order of an *empty* signifier, its own particularity embodying an unachievable fullness.“ (Laclau 2005: 70f.)

Ein leerer Signifikant ermöglicht die vorläufige Schließung eines Diskurses, indem er die unmögliche Totalität des Diskurses repräsentiert (Laclau 2005: 71; Stäheli 2005: 238). Er ist *leer*, weil er alle Identitäten des Diskurses (genauer: ihre *Verbindungen*) repräsentiert und insofern überdeterminiert ist.

Bei der Repräsentation aller Identitäten eines Diskurses kommt das Äquivalenz-Prinzip zur Geltung, das nötig ist, um die disparaten, heterogenen Elemente

zu einem Diskurs in einem gemeinsamen Projekt zusammenzuschließen.²² In der Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe wird durch die Konstitution einer radikalen Andersartigkeit die Grenze des Diskurses gezogen. Dieses *Andere* ist frei von Gemeinsamkeiten mit den Elementen des Diskurses. Allerdings ist diese Grenze nicht stabil: Flottierende Signifikanten sind zwischen zwei hegemonialen Lagern umstritten – ihre Bedeutung ist besonders stark im Fluss und sie werden mal auf die eine, mal auf die andere Seite gezogen. Mit dem Begriff des flottierenden Signifikanten werden die Verschiebungen der Grenze zwischen verschiedenen hegemonialen Systemen deutlich (Laclau 2005: 139).

2.2.3 Antagonismus, Dislokation, Heterogenität

In Anlehnung an Jaques Derrida beziehungsweise Henry Staten (1984: 15ff.) nennen Laclau und Mouffe diese „Andersartigkeit“ *konstitutives Außen*.²³ Es ist konstitutiv, weil die Äquivalenzen innerhalb eines Diskurses erst durch die ihnen gemeinsame Differenz zu einem gemeinsamen Außen entstehen:

„The constitutive outside of a discourse A, which is discursively constructed by the expansion of a chain of equivalences, is neither B nor non-A, but anti-A.“ (Torfing 1999: 124f.)
 Deswegen haben Freund-Feind-Unterscheidungen eine eminent konstruktive, ja stabilisierende Funktion: Sie binden zusammen, was nicht notwendigerweise zusammengehört. Diese Unterscheidung ist das, was Laclau und Mouffe die

22 Diese verschiedenen Momente des Diskurses werden zusammengehalten durch eine oder mehrere Nahtstellen oder *points de capiton*. Laclau und Mouffe schreiben dazu: „The practice of articulation, therefore, consists in the construction of nodal points which partially fix meaning; and the partial character of this fixation proceeds from the openness of the social, a result, in its turn of the constant overflowing of every discourse by the infinitude of the field of discursivity.“ (Laclau & Mouffe 2001: 113) Letztendlich scheinen die *points de capiton* privilegierte Signifikanten zu sein mit Funktionen analog zu denen leerer Signifikanten – allerdings binden sie den Diskurs ohne ihn zu repräsentieren. Nonhoff (2006: 33) interpretiert sie als eine „bewegliche Struktur“ im Diskurs.

23 Dies ist ein wiederkehrendes Thema bei Mouffe (2000; 2005). Identitäten sind immer relational determiniert. Unter Verweis auf Derrida (*l'extérieur constitutif*) und Carl Schmitt unterstreicht sie: „In the field of collective identities, we are always dealing with the creation of a ‚we‘ which can exist only by the demarcation of a ‚they‘.“ (Mouffe 2005: 15)

Logik der Differenz nennen. Das konstitutive Außen bezeichnet dabei immer einen *Antagonismus* (Stäheli 2005: 234; Laclau 1996: 52f.).²⁴

Antagonismus ist zu unterscheiden von Dislokation: „Every Identity is dislocated insofar as it depends on an outside which both denies that identity and provides its condition of possibility at the same time.“ (Laclau 1990: 39) Unter *Dislokation* soll also zweierlei verstanden werden.

- Erstens ist Dislokation eine innere Eigenschaft einer jeden Identität, die deren vollständigen Abschluss verhindert. Jede Identität ist, wie angedeutet, *per se* disloziert: „Dislocation is not the necessary moment in the self-transformation of structure but is its failure to achieve constitution and is mere temporality in this sense.“ (Laclau 1990: 47) Genauso wie die Dislokation den Abschluss verhindert, ist sie aber auch die Möglichkeitsbedingung derselben Identität. Die Grenze des Diskurses ist reproduziert durch jedes diskursive Moment, da es äquivalent zu den anderen Momenten sein und das Nicht-äquivalente ausschließen muss.
- Zweitens ist „Dislokation“ ein externes Moment einer jeden Identität – und zwar im doppelten Sinne. Zum einen wird die Dislokation durch einen externen radikalen Antagonismus hervorgerufen, der sich aber, wie gesehen, im Inneren der Identität widerspiegelt.²⁵ Zum anderen beschreibt „Dislokation“ ein Auftreten von Ereignissen oder Elementen, die in einem bestehenden Diskurs nicht inkorporiert werden können, ihn aber zugleich radikal in Frage stellen und damit dislozieren; hier kann der Aufbau eines Antagonismus als Reaktion auf eine Dislokation verstanden werden, das heißt, die Konstitution eines antagonistischen Freund-Feind-Verhältnisses, in dem der „Feind“ als ursächlich für das Auftreten der Dislokation aufgefasst wird (Torfing 1999: 130f., 301).²⁶

24 Damit sind alle Diskursgrenzen antagonistisch aufgebaut – Stäheli (2004: 234ff.) erwägt aber auch die Möglichkeit nicht antagonistisch konstituierter Diskurse. Jedoch gilt dies weniger für politische Diskurse. Da aber gerade diese in der vorliegenden Arbeit von Interesse sind, wird auf nicht-antagonistische Diskurse nicht weiter eingegangen.

25 „A radical outside – which does not share a common measure or foundation with the inside of the structure – dislocates it.“ (Laclau 1990: 44)

26 Der Dislokations-Begriff ist auch zentral, um jede Teleologie aus der Analyse gesellschaftlichen Wandels zu nehmen. Denn er beschreibt die radikalste Form immer anderer, alternativer Möglichkeiten: „[D]islocation is the very form of possibility. [...] [W]ith dislocation there is no telos which governs change; possibility therefore becomes an authentic possibility, a possibility in the radical sense of the term. This

Die hier besprochenen Formen des *Außens* setzen aber immer auch eine Form von Einschreibung im Inneren des Diskurses voraus oder doch zumindest einen potenziell geteilten diskursiven Raum. Ist diese formale Eigenschaft nicht gegeben, spricht Laclau von *Heterogenität*.

Heterogenität meint die Abwesenheit eines geteilten Raumes, in dem Differenz repräsentierbar wäre oder in dem sich eine antagonistische Grenze verschieben könnte. *Homogenität* würde dagegen einen gesättigten Raum bezeichnen, in dem alle Elemente darstellbar wären.²⁷ Laclau (2005: 139ff.) akzeptiert also die Existenz einer „heterogenen Realität“ und verzichtet darauf, ein Feld vollständiger Repräsentierbarkeit zu denken. Er erkennt an, dass es Elemente im diskursiven Feld gibt, die an keinem strukturellen Punkt innerhalb zweier antagonistischer Lager andocken können (ibid. 148).²⁸ Darüber hinaus besitzt jeder Signifikant eine Partikularität, die nicht in eine Äquivalenzkette integriert werden kann. Genau hier zeigt sich die Heterogenität – als nicht-definierbares Außen im Innern, „it inhabits the very logic of the internal constitution“ (ibid. 153).

means that there must be other possibilities, since the idea of a single possibility denies what is involved in the very concept of possibility.“ Und weiter: „The representation of time as a cyclical succession, common in peasant communities, is in this sense a reduction of time to space. Any teleological conception of social change is therefore also essentially spatialist.“ (Laclau 1990: 42)

- 27 Im Grunde haben Laclau und Mouffe bereits in *Hegemony and Socialist Strategy* Heterogenität und Homogenität zumindest teilweise theoretisiert: Ihre Beschreibung eines closed system of relational identities ähnelt jener der Homogenität: „In a closed system of relational identities, in which the meaning of each moment is absolutely fixed, there is no place whatsoever for a hegemonic practice. A fully successful system of differences, which excluded any floating signifier, would not make possible any articulation; [...] there would be nothing to hegemonize.“ (Laclau & Mouffe 2001: 134)
- 28 Dennoch können heterogene Elemente in Interaktion mit dem diskursiven Feld treten (wie ein „Tritt gegen das Schachbrett“). Für Laclau wird Heterogenität zu einer Voraussetzung sozialen Antagonismus, weil der Widerstand der antagonisierten Kraft nicht logisch abgeleitet werden kann von der Form der antagonisierenden: „This can only mean that the points of resistance to the antagonizing force are always going to be external to it.“ (Ibid. 150)

2.3 REPRÄSENTATION UND POPULISMUS

Schließlich, um den theoretischen Rahmen zu komplettieren, noch kurz zum Zusammenhang zwischen Repräsentation und Demokratie beziehungsweise Repräsentation und Populismus. Repräsentation, so führt Laclau (2005: 158f.) aus, besteht immer aus zwei Bewegungen: von den Repräsentierten zum Repräsentanten und umgekehrt. Der Repräsentant vertritt die Position der Repräsentierten, aber durch denselben Prozess des Repräsentierens verändert sich diese Position, was wiederum auf die Forderungen beziehungsweise den Repräsentierten abstrahlt. Je stärker das erste Moment ist, desto demokratischer ist die Repräsentation.

Geht es nicht nur um die Repräsentation einer Forderung, sondern um das Bereitstellen eines *Identifikationspunktes*, der aus der angesprochenen Masse *historische Akteure* macht, handelt es sich um eine *symbolische Repräsentation*. Für Laclau kann diese – sei es im Falle des Populismus beziehungsweise des Politischen, die er weitgehend gleichsetzt²⁹ – nur durch leere Signifikanten erfolgen, die sich gegenüber der Äquivalenzkette wie Repräsentanten verhalten, also ihr eine Qualität hinzufügen und sie verändern. Hier könnte man in Versuchung geraten, diesen politischen Repräsentanten eine im Diskurs hervorgehobene Position beizumessen. Es wird aber schnell offensichtlich, dass Akteure, auch wenn sie politisch *repräsentative* Positionen einnehmen, keinen Diskurs konstituieren, sondern ihn bestenfalls vertreten. Ihre eigenen Subjektpositionen sind Ergebnis eines Identifikationsprozesses.³⁰

Die Identifikation ist nötig, weil Subjekte immer eine gescheiterte strukturelle Identität besitzen (Laclau 1990: 44). Insofern die Identität des Subjekts sich immer nur in Relation zur Struktur konstituiert, die Struktur aber immer dislo-

29 „Does this mean that the political becomes synonymous with populism? Yes, in the sense in which I conceive this last notion [constantly reinventing the people]. Since the construction of the people is a political act par excellence [...] the sine qua non requirements of the political are the constitution of antagonistic frontiers within the social and the appeal to new subjects of social change [...]. But these are also the defining elements of populism. There is no political intervention which is not populist to some extent.“ (Laclau 2005: 154)

30 „The question of who or what transforms social relations is not pertinent. It is not a question of ‚someone‘ or ‚something‘ producing an effect of transformation or articulation, as if its identity was somehow previous to this effect. Rather, the production of the effect is part of the construction of the identity of the agent producing it.“ (Laclau 1990: 210f.)

ziert ist, wird auch die vollständige Konstitution des Subjekts verhindert. Natürlich versucht das Subjekt, diesen Mangel zu überwinden (und besitzt damit eine gewisse Autonomie), findet aber keinen Identifikationspunkt, an den es andocken könnte. Der Mangel wird zu einem für das Subjekt konstituierenden Merkmal: Das Subjekt ist dadurch charakterisiert, dass es versucht, den Mangel durch Akte der Identifizierung zu überwinden – dabei bieten hegemoniale Projekte ideale Identifikationsmöglichkeiten an, weil sie scheinbar eindeutige Lösungen für diese strukturellen Krisen anbieten. Dementsprechend gibt es keine bestimmte zentrale Figur, kein *master subject* (Torfing 1999: 151ff.), das hegemoniale Strategien vorantreibt. Vielmehr entstehen politische und soziale Akteure als Teil hegemonialer Strategien. Durchaus gedacht werden können aber in Anlehnung an Gramsci „organische Intellektuelle“, die versuchen, eine führende Rolle innerhalb der hegemonialen Projekte zu erlangen (ibid.) *oder* – wie unten ausgeführt – „Namen“, die die Funktion leerer Signifikanten erfüllen können. Laclaus Interpretation des Verhältnisses zwischen Diskurs und Subjekt entspricht damit weitgehend dem Denken des „frühen“ Foucaults, der die Souveränität und Allmacht des Subjekts infrage stellt (z.B. Foucault 2001: 867ff.).

Was für einzelne Subjekte gilt, wird auch im Falle von sozialen Gruppen deutlich. Auch sie haben nicht die Fähigkeit, Diskurse zu „generieren“. Gruppen und Subjekte konstituieren sich vor dem Hintergrund bereits bestehender Diskurse (z.B. Nonhoff 2006: 154). Die Verbindung von Subjektpositionen zu einer „Gruppe“ ist bereits Ergebnis einer diskursiven Logik, Ergebnis der Aggregation von Forderungen in einen Diskurs:

„A first theoretical decision is to conceive of the ‚people‘ as a *political* category, not as a *datum* of the social structure. This designates not a *given* group, but an act of institution that creates new agency out of a plurality of heterogeneous elements. For this reason, I have insisted [...] that my minimal unit of analysis would not be the *group* [...] but the socio-political demand. This explains why questions such as ‚Of what social group are these demands the expression?‘ do not make sense in my analysis, given that [...] the unity of the group is simply the result of an aggregation of social demands.“ (Laclau 2005: 224)

Zum oben Gesagten gibt es aber eine – zumindest partielle – Ausnahme, die Laclau (2005) im Rahmen seines Populismusbegriffs entwickelt. Dazu lohnt es sich noch einmal, die Hauptcharakterzüge des Populismus bei Laclau näher zu betrachten. Laclau isoliert fünf Faktoren, von denen das Aufkommen von Populismus abhängt beziehungsweise die für Populismus als Form von Politik kennzeichnend sind (Laclau 2005: 156; 180f.; Howarth 2009: 34):

- Der populistische Diskurs appelliert an ein kollektives Subjekt, üblicherweise an *einen populus*;
- Die Artikulation des populistischen Diskurses impliziert das Ziehen einer Grenze, zwischen dem Volk einerseits und dem institutionalisierten Anderen;
- Diese Grenzziehung beruht darauf, dass zwischen den einzelnen Momenten des populistischen Diskurses die Äquivalenzlogik gegenüber der Differenzlogik überwiegt;
- Die Konstruktion eines populistischen Diskurses erfordert leere Signifikanten, die heterogene Forderungen binden können;
- Ein Name tritt als *object petit a* auf, das heißt als unerreichbares Objekt des Begehrens; der Name eines Anführers beispielsweise kann den gesamten Diskurs repräsentieren und somit die Funktion eines leeren Signifikanten übernehmen.

Das Entscheidende ist, dass der leere Signifikant durch eine Führerpersönlichkeit reduziert auf dessen Namen gegeben ist. Die Namen „Boulangier“ oder „Peron“ (oder auch: „Putin“) vermögen es, eine Vielzahl von Forderungen zusammengefasst in einem Diskurs zu repräsentieren. *Es muss* aber nicht der Name der Führerpersönlichkeit sein, die diese hegemonisierende Funktion erfüllt – es kann auch ein anderer Name, ein anderer Slogan, Signifikant oder eine andere Forderung sein.³¹

Žižek gibt sich mit dieser Definition nicht zufrieden: Was hinzugefügt werden müsse sei erstens die Art und Weise, wie der *Feind* in eine positive ontologische Entität externalisiert wird, deren Zerstörung ein vermeintlich gestörtes Gleichgewicht wiederherstellen würde:

„In other words, for a populist, the cause of the trouble is ultimately never the system as such, but the intruder who corrupted it [...] not a fatal flaw inscribed into the structure as such, but an element that does not play its part within the structure properly.“ (Žižek 2009: 278)

31 Bezeichnend sind einige Zeilen in Gamal Abd-al-Nassers Kampfschrift Ägyptens Befreiung – Die Philosophie der Revolution: „In those days I led demonstrations [...] shouting at the top of my voice for complete independence [...]. But our cries died into faint echoes, blown away by the winds [...]. Then I decided that ‚positive action‘ meant uniting all the leaders of Egypt behind a single slogan. So our chanting, rebellious crowd went round to their homes, one by one, demanding in the name of Egypt’s youth, that they come together. They did unite on one issue [...].“ (zit. nach Alexander 2005: 1)

Dies ist, wie Žižek herausstellt, eine klare Abkehr sowohl von Marxismus wie Psychoanalyse, in denen das Symptom Kennzeichen des Normalzustandes ist: So werden Krisen als konstitutiv für den Kapitalismus gedacht.

Zweitens wird für Žižek die Ungenauigkeit und Abstraktheit im Populismus ergänzt durch den pseudo-konkreten Charakter des Objektes, das als Feind identifiziert wurde (ibid. 280). Dieser wird dargestellt als konkret, identifizierbar, nicht komplex oder facettenreich – ohne dies freilich zu sein.³²

2.4 SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE VORLIEGENDE ARBEIT

Die vorangegangene Diskussion stellt nun einen Satz theoretischer Begrifflichkeiten bereit, die einen gesellschaftstheoretischen und methodologischen Perspektivenwechsel erlauben und es ermöglichen, den Transformationsprozess neu zu begreifen und zu untersuchen.

Das Ende der UdSSR wird also in der vorliegenden Arbeit als eine Dislokation des sowjetischen Diskurses verstanden, als eine soziale Krise im Sinne einer starken Verunsicherung verschiedenster Werte, Normen, Bedeutungsmuster, Bilder und Identitäten. Die Verlängerung des Umbruchs während der durch Polyzentrismus gekennzeichneten Präsidentschaft El'cins verstärkte diese Verunsicherung. Die vorliegende Arbeit wird insbesondere zwei Dimensionen dieser „Dislokation“ beleuchten:

Die erste Ebene ist die des politischen und ökonomischen Systems. Einparteiherrschaft und Planwirtschaft brachen zusammen und wurden vordergründig ersetzt durch „Demokratie“ und „Marktwirtschaft“ – Begriffe, die in weiten Teilen der Bevölkerung hohe Erwartungen weckten. Dabei schien alleine schon „Demokratie“ Wohlstand und bessere Lebensumstände zu verheißen. Der ökonomische Niedergang Russlands bis Ende der 1990er Jahre diskreditierte daher die Demokratie als übergreifendes Bedeutungssystem.

32 Ein weiteres Problem des Populismusbegriffs von Laclau ist die Überschneidung mit dessen Hegemonie-Verständnis: Benjamin Arditi erläutert, dass „the specific difference that populism introduces vis-à-vis hegemony is the division of society into two camps to produce a relation of equivalence among demands and construct a frontier or antagonistic relation between them. This is why populism can be said to be a species of the genus hegemony” (Arditi 2010: 492), um dann aber festzuhalten, dass „there is a continual slippage between both theoretical constructs [hegemony and populism] and between these and politics.” (Ibid.)

Die zweite Dimension der Verunsicherung ergibt sich aus dem „Verlust der Heimat“. Noch 1994 bezeichneten 81 Prozent der russischen Befragten die UdSSR und nicht Russland als ihre Heimat (Dunlop 1996: 122). Selbst 1999 bedauerten noch 77 Prozent der Respondenten den Untergang der Sowjetunion (Schröder 2007: 31). Die Sowjetunion wurde als stolze Großmacht gesehen. Russland dagegen hatte zeitweise noch nicht einmal eine „richtige“ Nationalhymne: Der fehlende Text war Spiegel der russischen Identitätskrise.

Angesichts der oben angedeuteten neuen diskursiven Stabilität stellt sich die entscheidende Frage, wie diese Dislokationen kompensiert wurden und welche neuen Diskurse sich etabliert haben, um die neu aufgekommenen Forderungen und Elemente diskursiv einzuschreiben und identifikatorische Anknüpfungspunkte zu bieten.

Es wird der These nachgegangen, dass es während der Präsidentschaft Putins gelungen ist, diese Unsicherheit auf beiden Ebenen aufzugreifen und zu kompensieren, das heißt gesellschaftspolitische Bedeutungen wieder zu fixieren. Es gelang, unterschiedliche politische Identitäten und Forderungen einzubinden und in einem Projekt zu vereinigen. Die „Partei der Macht“, *Edinaja Rossiya*, ist ein gutes Beispiel dafür, wie die verschiedenen Elemente verändert, angeglichen und verbunden werden. Zu diesen Forderungen zählen prominent jene nach einer „national orientierten“ Politik und – kontraintuitiv – jene nach Demokratie. Die hegemonialen Diskurse reartikulierten die Bedeutung der Signifikanten Demokratie und Nation.

Zwar herrscht heute in Russland nach wie vor kein Regime, das eine formale, ausformulierte Ideologie propagiert, doch revitalisieren die „staatlichen Kräfte“ einen autoritären Nationalismus, einschließlich der sowjetischen Symbolik, den sie als neuen Patriotismus verbreiten. Die Einheit der Geschichte Russlands, unter explizitem Einschluss der sowjetischen Periode, ist dabei ein zentrales Element der neuen diskursiven Formation.

Es drängt sich also die Frage auf, wie Demokratie- und Nationsbegriff in Russland diskursiv miteinander verwoben sind und in welchem Verhältnis Demokratie und Nationalismus zueinander stehen: Der russische Nationalismus scheint der Entwicklung einer „liberalen Demokratie westlichen Typs“ abträglich zu sein und eröffnet gleichzeitig Möglichkeiten für eine diskursive Rekonfiguration von Demokratiediskursen, die auf große Popularität stößt. Die Terminologie der „souveränen Demokratie“ scheint bereits auf ein nationales Element, auf die russische „Originalität“ (*samobytnost'*) zu verweisen.

Demokratie und Nation sollen nicht isoliert betrachtet werden. Deren Bedeutungen sollen im russischen Kontext nicht an „westlichen“ Maßstäben gemessen werden – dies wäre ein Rückfall in die Annahmen der Transitologie. Vielmehr

sollen sie in der *relationalen Bedeutung zueinander*, wie in *Russland* artikuliert, untersucht werden.

Innerhalb des neuen Diskurses scheinen der Name „Putin“ und „souveräne Demokratie“ die Rolle diskursiver Knotenpunkte anzunehmen und für den neuen „Stabilitätsdiskurs“ insgesamt zu stehen – was unter anderem auch durch Putins beständig gute Umfragewerte bestätigt wird (gerade auch im Kontrast zu den schlechten Werten, welche die russische Regierung regelmäßig bekommt): Während die traditionelle Politikwissenschaft in diesem Zusammenhang (zurecht) auf *Personenvertrauen* als neues tragendes Merkmal des russischen Regimes verweist (Schröder 2007), soll dieser Umstand hier als Hinweis darauf interpretiert werden, dass das aktuelle politische System *populistische Züge* im Sinne von Laclau (2005) trägt.

Dass der Raum für eine Konkurrenz von Diskursen zunehmend kleiner wird, scheint sich damit zu bestätigen. Dies wird besonders deutlich anhand der Drangsalierung oder Kooptierung der schwachen russländischen (liberal-/sozial-demokratischen) NGO; zuletzt durch die im April 2006 in Kraft getretene neue NGO-Gesetzgebung. Im Rahmen einer *politics of the unthinkable* (Laclau) findet eine Verknappung diskursiver Anschlussmöglichkeiten statt. In der hier vorgestellten theoretischen Perspektive kommt liberal-/sozial-demokratischen NGO eine gesellschaftliche Schlüsselfunktion zu, da sie zu den wenigen verbliebenen Trägern gegen-hegemonialer politischer Identitäten zählen.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist eine diskursanalytische Untersuchung darüber, wie im heutigen Russland „Demokratie“ und „Nation“ mit Bedeutung belegt werden. Damit wird die vorliegende Arbeit beleuchten

- wie Russland sich nach 1998 (*diskursiv*) stabilisieren konnte;
- welche Artikulationsspielräume es für unterschiedliche Demokratiekonzeptionen in Russland gibt;
- welcher Art das Demokratisierungspotenzial in Russland ist, gemessen an den russischen Demokratieverständnissen.

Im nächsten Abschnitt folgen der weitere Aufbau der Arbeit und ein Abriss des Forschungsstandes.

